

Ergänzungsblatt zum deutschen Verkaufsprospekt vom 7.2.2008 für die Capitalanlage HCI Shipping Select 26 für die Zeichnung aufgrund eines Angebots in Österreich

Mindestbeteiligungssumme: € 10.000

Zeichnungsfrist: Vom 17.03.2008 bis zur Vollplatzierung, längstens bis einschließlich 28.12.2009

1. Vorbemerkungen

Es ist vorgesehen, in Österreich Kommanditanteile an acht verschiedenen Schiffsgesellschaften / Emittentinnen mit dem Sitz in Deutschland, die im Veranlagungskonzept des „HCI Shipping Select 26“ zusammengefasst sind, zum Erwerb anzubieten („Angebot in Österreich“), wobei im Rahmen dieses Angebots in Österreich maximal Kommanditanteile im Nennbetrag von € 15.000.000 zzgl. 5 % Agio erworben werden können.

Die Kommanditanteile an den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen werden in Österreich auf der Grundlage des gegenständlichen Angebots mit einem Mindestzeichnungsbetrag in der Höhe von € 10.000 zzgl. 5 % Agio zum Erwerb angeboten. Höhere Zeichnungssummen müssen durch ganze 1.000 teilbar sein.

Dieses Angebot „HCI Shipping Select 26“ in Österreich kann nur in der Zeit vom 17.03.2008 bis 28.12.2009 oder bis zur vorangehenden Vollplatzierung gezeichnet werden („Zeichnungsfrist“).

Der vorliegende deutsche Verkaufsprospekt hinsichtlich des Angebots von Anteilen an den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen wurde ausschließlich für die Vermittlung von Anteilen an deutsche Anleger im deutschen Vertriebsmarkt konzipiert. Hinsichtlich des öffentlichen Angebots in Österreich dienen der für deutsche Anleger konzipierte deutsche Verkaufsprospekt und die unten unter Punkt 2. stehenden Ergänzungen – insbesondere der steuerlichen Auswirkungen einer Beteiligung an den Emittentinnen für in Österreich ansässige Anleger – ausschließlich als Vertriebsunterlagen aus denen die Anleger, die ihre Beteiligung an den einzelnen

Schiffsgesellschaften / Emittentinnen im Rahmen des öffentlichen Angebots in Österreich zeichnen, keine wie immer gearteten Ansprüche ableiten und geltend machen können. Es wird hiermit ausgeschlossen, dass Anleger, die ihre Beteiligung an der Emission „HCI Shipping Select 26“ im Rahmen des öffentlichen Angebots in Österreich zeichnen und erwerben, Ansprüche, welcher Art immer, gegen die in den Vertriebsunterlagen genannten natürlichen oder juristischen Personen oder Personengesellschaften oder gegen Berater dieser Gesellschaften auf den deutschen Verkaufsprospekt bzw. die Vertriebsunterlagen stützen.

Die Zeichnung und der Beitritt zur Emission durch den Anleger, der seine Beteiligungen an den einzelnen Schiffsgesellschaften / Emittentinnen im Rahmen des öffentlichen Angebots in Österreich zeichnet und erwirbt, erfolgt ausschließlich auf der Grundlage des gemäß den Bestimmungen des österreichischen Kapitalmarktgesetzes (KMG) erstellten, veröffentlichten, kontrollierten und bei der Oesterreichische Kontrollbank AG hinterlegten Prospekts samt den darin abgedruckten Verträgen und Anhängen. Der Inhalt und die Bedingungen der vom Anleger im Rahmen des öffentlichen Angebots in Österreich erworbenen Beteiligungen an den einzelnen Schiffsgesellschaften / Emittentinnen und allfällige Haftungsansprüche richten sich ausschließlich nach dem bei der Oesterreichische Kontrollbank AG hinterlegten KMG-Prospekt, den der Anleger bei der HCI Hanseatische Capitalberatungsgesellschaft mbH, Mahlerstraße 14, 1010 Wien, bei den einzelnen Schiffsgesellschaften / Emittentinnen und bei der Treuhänderin kostenlos anfordern kann (siehe auch unten Punkt 3.).

Der deutsche Verkaufsprospekt wird untenstehend, insbesondere hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen für in Österreich ansässige Anleger, wie folgt ergänzt:

2. Steuerliche Grundlagen

(Abweichungen und Ergänzungen gegenüber den Ausführungen auf Seite 120 ff. des deutschen Verkaufsprospekts)

Die steuerlichen Folgen der hier betrachteten Anlage werden für Anleger mit (Wohn-)Sitz in Österreich ausgeführt. Hinsichtlich der für die Besteuerung in Deutschland relevanten Regelungen, insbesondere zur Tonnagesteuer und zur Gewerbesteuer, wird auf den deutschen Verkaufsprospekt verwiesen. Die Anleger, insbesondere auch jene, die in Österreich nicht oder nur beschränkt steuerpflichtig sind, werden aufgefordert, die steuerlichen Folgen einer Zeichnung der Beteiligung vorab individuell mit dem persönlichen steuerlichen Berater abzuklären.

2.1. Einkommensteuerliche Aspekte

2.1.1. Besteuerung nach DBA-Recht

Eine in Österreich ansässige Person ist grundsätzlich gem § 1 Abs 2 EStG in Österreich mit ihren in- und ausländischen Einkünften unbeschränkt steuerpflichtig. Aus dem deutschen Einkommensteuerrecht ergibt sich eine beschränkte Steuerpflicht für gewerbliche Einkünfte, welche in Deutschland erzielt werden. Um eine Doppelbesteuerung der Einkünfte zu vermeiden, weist das Doppelbesteuerungsabkommen Österreich – Deutschland (in der Folge „DBA“) jeweils einem Staat das Besteuerungsrecht an bestimmten Einkünften zu, mit Steuer-

freistellung durch den jeweils anderen Staat.

Das DBA weist Personengesellschaften keine Abkommensberechtigung zu. Beteiligt sich der einzelne Anleger unmittelbar oder mittelbar als Treugeber über die HCI Hanseatische Schiffstreuhand GmbH als Treuhänderin am „HCI Shipping Select 26“ und somit an den einzelnen Schiffsgesellschaften, wird die jeweilige Beteiligung als Kommanditanteil anteilig dem Anleger zugerechnet. Die Anknüpfung des DBA erfolgt demnach beim einzelnen österreichischen Anleger.

Auch für die Qualifikation der Einkünfte des Anlegers ist auf die Ebene der Schiffsgesellschaften durchzugreifen. Die Vercharterung von bemannten und vollständig ausgerüsteten Schiffen stellt nach Auffassung der Emittentinnen eine gewerbliche Betätigung dar, was auch beim Anleger zu Einkünften aus Gewerbebetrieb führt.

Das DBA enthält in Art. 8 eine Sondernorm für Einkünfte aus dem Betrieb der Seeschifffahrt. Hiernach dürfen Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Da sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung der einzelnen Gesellschaften, in Deutschland befindet sind die daraus resultierenden Gewinne ausschließlich in Deutschland nach Maßgabe des innerstaatlichen deutschen Rechts steuerpflichtig. Gleiches gilt nach Art. 13 Abs. 4 DBA für Gewinne aus der Veräußerung von Schiffen, wozu auf Grund des Transparenzprinzips auch die Veräußerung der Beteiligung selbst zählt.

Die aus der Beteiligung des Anlegers an den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen erwachsenden Einkünfte (Gewinne aus dem Betrieb und der Veräußerung der Anteile) sind in Österreich gemäß Art. 23 Abs. 2 lit. a DBA von der Besteuerung freizustellen. Dies gilt

auch dann, wenn in Deutschland nur die vergleichsweise niedrige Tonnagebesteuerung zur Anwendung kommt. Allerdings werden die in Deutschland erzielten Einkünfte des Anlegers in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen einbezogen (Progressionsvorbehalt). Zu diesem Zweck sind die in Deutschland zu besteuern den Einkünfte nach österreichischen Vorschriften zu ermitteln. Da die österreichischen Vorschriften keine Tonnagebesteuerung kennen, ist das an die österreichischen Gewinnermittlungsvorschriften angepasste steuerbilanzielle Ergebnis der Beteiligungsgesellschaft maßgebend.

Die Auswirkungen des Progressionsvorbehalts hängen somit stark von der individuellen Steuersituation des einzelnen Anlegers ab, so dass eine allgemeine Aussage darüber nicht getroffen werden kann.

2.1.2. Besteuerung nach österreichischem Recht

2.1.2.1. Einkünfteermittlung

Wie oben dargestellt hat Österreich keinen Besteuerungsanspruch an den Einkünften aus den Schiffsgesellschaften/Emittentinnen. Allerdings sind nach österreichischen Gewinnermittlungsvorschriften ermittelten Einkünfte für Zwecke des Progressionsvorbehalts in die Steuererklärung aufzunehmen.

Im Rahmen der steuerlichen Konzeption des Beteiligungsangebots ist vorgesehen, dass die Gesellschaften in Deutschland bereits im Jahr der Indienststellung des jeweiligen Schiffs zur „Tonnagesteuer“ (§5a EStG) optieren. (siehe dazu im Detail Seite 120 ff. des deutschen Verkaufsprospekts). Für Zwecke der Berechnung der Steuer (Progressionsvorbehalt) in Österreich ist das in Deutschland ermittelte Ergebnis an die österreichischen Vorschriften anzupassen (§ 2 Abs. 8 EStG).

Ausgangspunkt der Steuerberechnung ist die nach deutschen Grundsätzen erstellte Steuerbilanz der jeweiligen Schiffsgesellschaften. Die deutschen Gewinnermittlungsvorschriften entsprechen zu einem Großteil den österreichischen Vorschriften. Nach einer Auffassung des BMF (vgl. EAS 2114 v. 1.10.2002, SWI 2002, 506; EAS 2235 v. 20.2.2003, SWI 2003, 156) wird im Zusammenhang mit der Ermittlung der Einkünfte nach österreichischem Recht für Zwecke des Progressionsvorbehalts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mitwirkungspflicht der Vorrang gegenüber einer überspitzt gehandhabten Rechtsexaktheit eingeräumt. Ob diese pragmatische Sichtweise des BMF auch nach Inkrafttreten des § 2 Abs. 8 EStG weiterhin aufrechterhalten wird, kann nicht vorhergesehen werden.

Allfällige aus der Veranlagung resultierende, in Deutschland nicht verwertete Verluste können mit österreichischen Einkünften ausgeglichen werden. Können die Verluste allerdings in Folgejahren mit Gewinnen im Ausland verwertet werden, so hat in Österreich insoweit eine Nachversteuerung zu erfolgen. Es bestehen keine Bedenken, wenn in Fällen ausländischer Pauschalbesteuerung die ausländischen Verluste in Österreich unberücksichtigt bleiben. Es wird daher empfohlen, im Fall von Verlusten, diese in Österreich steuerlich unberücksichtigt zu lassen.

2.1.2.2. Einkommensteuer bei Veräußerung

Die Veräußerung eines Mitunternehmeranteils durch eine natürliche Person ist gemäß § 23 i. V. m. § 24 EStG in Österreich prinzipiell steuerpflichtig. Aufgrund der Transparenz der Personengesellschaft wird bei Veräußerung von Vermögen durch Schiffsgesellschaften oder von Beteiligungen an Schiffsgesellschaften unterstellt, dass der Anleger die jeweiligen Schiffe anteilig veräußert.

Wie bereits unter Punkt 2.1. ausgeführt, ist hinsichtlich der Veräußerung der Beteiligung und/oder eines Schiffs das Besteuerungsrecht Österreichs durch das DBA Österreich-Deutschland eingeschränkt. Gemäß Art. 13 Abs. 4 DBA dürfen Gewinne aus der Veräußerung von Schiffen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Da sich der Ort der Geschäftsleitung der Schiffsgesellschaften jeweils in Deutschland befindet, dürfen die Veräußerungsgewinne nur in Deutschland besteuert werden. Österreich hat – unter Progressionsvorbehalt – die Einkünfte gemäß Art. 23 Abs. 2 lit. a DBA von der Besteuerung freizustellen.

Die Liquidation der Schiffsgesellschaften gilt steuerlich als Veräußerung des Kommanditanteils. Es gelten daher die jeweiligen Ausführungen zur Veräußerung des Mitunternehmeranteils entsprechend.

2.1.3. Besteuerung nach deutschem Recht (beschränkte Steuerpflicht der Anleger, Steuersätze)

Die österreichischen Anleger sind in Deutschland mit den aus der Beteiligung erzielten Einkünften als Einkünfte aus Gewerbebetrieb beschränkt steuerpflichtig.

Die Anleger werden in Deutschland nach einem progressiven Einkommensteuertarif besteuert, der von der Höhe des in Deutschland steuerpflichtigen Einkommens abhängig ist. Für in Deutschland beschränkt steuerpflichtige Personen ist in diesem Zusammenhang ein Mindeststeuersatz zu beachten. Danach beträgt die festzusetzende Einkommensteuer mindestens 25 % zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 % der Einkommensteuer. Der Mindeststeuersatz beträgt daher insgesamt 26,375 %. Nach dem dBMF-Schreiben vom 10.09.2004 findet der Mindest-

steuersatz nur noch dann Anwendung, wenn die sich daraus ergebende Steuer nicht höher ist als die Steuer, die sich aus der Anwendung des progressiven Steuertarifs des § 32 a Abs. 1 dEStG auf das Einkommen des beschränkt Steuerpflichtigen zuzüglich eines Betrages in Höhe des Grundfreibetrages ergeben würde. Sofern sich aus der Berechnung nach dem progressiven Tarif eine niedrigere Steuerbelastung ergibt, ist die Steuer demzufolge nach dem progressiven Tarif festzusetzen.

2.2. Erbschaft- und schenkungsteuerliche Aspekte

2.2.1. Besteuerung nach DBA-Recht

In einem Doppelbesteuerungsabkommen wird festgelegt, welchem Land das Besteuerungsrecht zusteht, damit es zu keiner Mehrfachbesteuerung kommt.

Im Bereich der Erbschaftsteuer existierte ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Deutschland. Das DBA Österreich-Deutschland im Bereich der Erbschaftsteuer wurde von Deutschland mit Wirkung ab 01.01.2008 gekündigt. Da keine Übergangsfrist vorgesehen ist, kann es für Erbfälle im Zeitraum 01.01.2008 bis 31.07.2008 zu einer Doppelbesteuerung kommen. Laut Information des österreichischen Bundesministerium für Finanzen (BGBl. Nr. III 116/2007) besteht jedoch die Absicht zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung während des Zeitraums vom 01.01.2008 bis 31.07.2008 durch ein gesondertes Abkommen mit Deutschland die vorübergehende Weitergeltung des gekündigten Doppelbesteuerungsabkommens bis Ende Juli 2008 sicher zu stellen. Im Falle einer Doppelbesteuerung kann diese allenfalls durch einen Antrag gem. § 48 BAO beseitigt werden.

Das von Deutschland gekündigte Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Deutschland auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer

erwies das Besteuerungsrecht an gesellschaftlichen Unternehmen jenem Staat zu, in welchem sich das Vermögen befand. Der andere Staat hatte dieses Vermögen von der Erbschaftsteuer zu befreien. Er durfte jedoch den Wert des Vermögens für Zwecke des Progressionsvorbehalts ansetzen. Die Übertragung des Kommanditanteils im Todesfall unterlag demnach der Besteuerung in Deutschland und wurde in Österreich unter Progressionsvorbehalt von der Erbschaftsteuer freigestellt.

Im Bereich der Schenkungsteuer existiert kein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Deutschland. Bei einer etwaigen Doppelbesteuerung kann gemäß § 48 BAO ein Antrag auf Beseitigung der Doppelbesteuerung durch Freistellung oder Anrechnung gestellt werden.

Über die Auswirkung des Progressionsvorbehalts kann keine allgemein gültige Aussage getroffen werden, da diese stark von der individuellen Steuersituation des Einzelnen abhängt.

2.2.2. Besteuerung nach österreichischem Recht

Der VfGH hat am 07.03.2007 die Erbschaftsteuer und am 22.06.2007 die Schenkungsteuer wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben. Die Aufhebung tritt jedoch erst mit dem Ablauf des 31.07.2008 in Kraft. Dies bedeutet, dass bis zum 31.07.2008 bzw. bis zu einer gesetzlichen Neuregelung das bisherige Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz weiterhin in Anwendung bleibt. Derzeit ist eine Neuregelung der Erbschaftsteuer durch den österreichischen Gesetzgeber nicht absehbar. Hinsichtlich der Schenkungsteuer sind derzeit keine Details einer allfälligen Neuregelung bekannt.

Im österreichischen Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht wird hinsichtlich der persönlichen Steuerpflicht

zwischen unbeschränkter und beschränkter Steuerpflicht unterschieden. Unbeschränkte Steuerpflicht besteht, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes oder der Erwerber (Erbe) zur Zeit des Eintrittes der Steuerpflicht Inländer ist. Die unbeschränkte Steuerpflicht gilt auch für Schenkungen, obgleich in § 6 ErbStG nur vom Erbfall die Rede ist (VwGH 31.10.1991, 90/16/0176, ÖStZB 1992, 704).

Überträgt der österreichische Anleger seine Beteiligungen an den Schiffsgesellschaften im Erbschafts- oder Schenkungsweg, so unterliegt der Anleger hiermit grundsätzlich der unbeschränkten Steuerpflicht in Österreich nach dem ErbStG.

Der erbsteuerlich relevante Wert der Beteiligung als Anteil an einer Personengesellschaft ist als Bruchteil des Betriebsvermögens der Gesellschaft und daher als Kapitalforderung gegen die Gesellschaft anzusehen, für die der Teilwert nach § 12 BewG maßgebend ist.

Der gem. § 12 BewG ermittelte Wert der Beteiligung an den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen des „HCI Shipping Select 26“ ist bei einer Erbschaft, auf Grund der Bestimmungen des DBA Österreich-Deutschland, für Zwecke des Progressionsvorbehaltes anzusetzen. Bei einer Schenkung unterliegt der so ermittelte Wert der Schenkungsteuer.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer ist hinsichtlich des Tarifes von der Höhe des Erwerbes und vom Verwandtschaftsgradabhängig und beträgt zwischen 2 % und 60 %. Darüber hinaus stehen den Anlegern persönliche Freibeträge zur Verfügung, die für jeden Anleger individuell zu bestimmen sind, und zu deren Anwendbarkeit somit nicht im allgemeinen Stellung genommen werden kann.

2.2.3 Besteuerung nach deutschem Recht

Im Fall einer Beteiligung als Treugeber über die Treuhandkommanditistin ist der Erlass des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 14.06.2005 (34-S 3811-035-25199/05, s. DStR 2005, S.1231) zu beachten. Mit diesem Erlass, der im Einvernehmen mit den Obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder ergangen und für alle Finanzämter bindend ist, wird verfügt, dass bei der Übertragung von treuhänderisch gehaltenen Kommanditbeteiligungen im Erb- bzw. Schenkungsfalle der gemeine Wert zugrunde zu legen ist. Der gemeine Wert gem. § 9 dBewG wird durch den Wert bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre. In der Regel wird der gemeine Wert höher als der steuerliche Wert gem. § 109 dBewG liegen. Zudem sieht dieser Erlass vor, dass die Vergünstigungen nach § 13a dErbStG (Freibetrag sowie Bewertungsabschlag für Betriebsvermögen) und § 19a dErbStG (Tarifvergünstigungen für Schenkungen / Erbschaften der Steuerklasse II und III) zu versagen sind. Für treugeberisch beteiligte Kommanditisten führt die Anwendung des Erlasses in der Regel zu höheren erbschaft- bzw. schenkungsteuerlichen Werten als sie sich bei einer Direktbeteiligung ergäben. Bei vorhersehbaren oder planbaren Anteilsübertragungen sollte daher der vorherige Wechsel des Erblassers oder Schenkers in die Stellung eines Direktkommanditisten geprüft werden. Weitere Einzelheiten zur deutschen Erbschaft- und Schenkungsteuer finden sich auf S 123 ff. des deutschen Verkaufsprospekts.

2.3. Privatstiftungen als Anleger

Eine nicht gemeinnützige Privatstiftung i. S. d. § 5 Z 11 KStG erzielt aus ihren Kommanditbeteiligungen an den Schiffsgesellschaften/Emittentinnen des „HCI Shipping Select 26“ gewerb-

liche Einkünfte, für die jene Grundsätze gelten, die auch für natürliche Personen maßgebend sind. Die Einkünfte unterliegen grundsätzlich der Körperschaftsteuer i. H. v. 25 %. Nach Art. 8 Abs. 1 DBA kommt das Besteuerungsrecht jedoch Deutschland zu, wobei Österreich die Einkünfte – prinzipiell unter Progressionsvorbehalt – von der Besteuerung freizustellen hat. Der Progressionsvorbehalt wirkt sich aufgrund des linearen Tarifs von 25 % nicht aus.

Die deutsche Finanzverwaltung stellt für die steuerliche Einordnung einer österreichischen Privatstiftung einen Typenvergleich an. Weist die Privatstiftung eine korporative Struktur auf, unterliegt sie der beschränkten Körperschaftsteuerpflicht. Der Steuersatz beträgt 25 % zuzüglich eines 5,5 %igen Solidaritätszuschlages, so dass sich insgesamt eine Steuerbelastung von 26,375 % ergibt.

Wird der Kommanditanteil von einer Privatstiftung gehalten, kommt eine Übertragung im Erbwege nicht in Betracht. Denkbar ist lediglich eine unentgeltliche Übertragung in Form einer Zuwendung an Begünstigte.

Zuwendungen eines Kommanditanteils durch eine Privatstiftung an einen Begünstigten sind gem. § 15 Abs. 1 Z 18 ErbStG von der österreichischen Schenkungsteuer befreit. Die Stiftung hat im Falle der Zuwendung jedoch Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 % des Verkehrswertes der Kommanditanteile einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen. Damit ist die Einkommensteuerschuld des Begünstigten abgegolten (Endbesteuerung).

Aus Sicht des deutschen Steuerrechts stellt die Zuwendung an den Begünstigten eine unentgeltliche Übertragung von in Deutschland belegenem betrieblichen Vermögen dar. Dadurch wird Schenkungsteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 Z 3 dErbStG begründet. Da die österreichischen Kapitalertragsteuer

und die deutsche Schenkungsteuer nicht als gleichartig anzusehen sind, ist eine Anrechnung der in Deutschland zu zahlenden Schenkungsteuer auf die österreichische Kapitalertragsteuer gem. § 48 BAO nicht möglich.

2.4. Steuererklärungen

Die österreichischen Anleger müssen ihre Einkünfte aus der Veranlagung in Deutschland als beschränkt Steuerpflichtige erklären. Hierfür ist es notwendig, jährlich eine Einkommensteuererklärung abzugeben. Die HCI Hanseatische Schiffstreuhand GmbH nennt auf Wunsch des Anlegers einen mit ihr zusammenarbeitenden Steuerberater, um den Anleger in dieser Angelegenheit zu betreuen. Die dafür anfallenden Kosten hat der Anleger zu tragen.

In Österreich müssen die in Deutschland erzielten Einkünfte aus Gewerbebetrieb für Zwecke der Berechnung des Progressionsvorbehaltes in der österreichischen Steuererklärung des Anlegers erfasst werden. Die in diesem Zusammenhang nach den deutschen Vorschriften ermittelten, anzusetzenden Werte werden von der HCI Hanseatische Schiffstreuhand GmbH mitgeteilt.

2.5. Steuerlicher Risikohinweis

Die Konzeption der Veranlagung beruht auf der in Österreich und Deutschland geltenden Gesetzeslage, der in diesen Ländern herrschenden Verwaltungspraxis und der aktuellen Rechtsprechung der österreichischen und deutschen Höchstgerichte all dies jeweils zum Zeitpunkt der Erstellung des deutschen Verkaufsprospekts.

Die mit der Veranlagung verbundenen steuerlichen Rechtsfolgen können nicht endgültig beurteilt werden, da sich insbesondere die Gesetzeslage oder die Verwaltungspraxis ändern kann, die Auslegung der Gesetze nicht gesichert ist und nur eine spärliche höchstgerichtliche Judikatur vorliegt.

Es wird darauf hingewiesen, dass es in Österreich zur steuerlichen Beurteilung der hier vorliegenden Veranlagung weder Judikatur noch bindende Verwaltungsanweisungen gibt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass in den letzten Jahren die Finanzverwaltung gegenüber derartigen Veranlagungen eine verstärkt kritische Haltung zeigt. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung hinsichtlich der beschriebenen Implikationen abweichende Standpunkte einnimmt. Aus solchen Änderungen und Verhaltensweisen können sich aus heutiger Sicht nicht zu prognostizierende, insbesondere für die Nachsteuerrendite negative, Auswirkungen auf die Veranlagung ergeben. Dies betrifft auch die steuerliche Qualifikation der Einkünfte als gewerblich sowie die daraus folgende DBA-rechtliche Einordnung der Veranlagung. Sollte die Veranlagung als bloß vermögensverwaltend angesehen werden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auf abkommensrechtlicher Ebene ein Besteuerungsrecht Österreichs angenommen und die Einkünfte – unter Anrechnung der deutschen Einkommensteuer – der österreichischen Besteuerung zum progressiven Tarif unterworfen werden. Aufgrund des Besteuerungsrechts Österreichs würde es sodann zu einer signifikanten Erhöhung der ertragsteuerlichen Belastung gegenüber den vorstehenden Ausführungen kommen.

Eine derartige Erhöhung der Steuerbelastung in Österreich wäre insbesondere auch dann anzunehmen, wenn die Veranlagung insgesamt durch die Finanzverwaltung als Kapitalveranlagung mit Risikostreuung und damit das Vorliegen eines ausländischen Investmentfonds angenommen werden würde.

Änderungen der Verwaltungspraxis, der Gesetzeslage oder der höchstgerichtlichen Rechtsprechung stellen alleiniges Risiko des Anlegers dar und ändern nicht die Geschäftsgrundlage für die angestrebte Beteiligung.

Von den Anlegern allfällig angestrebte Steuervorteile sind nicht Geschäftsgrundlage dieser Veranlagung. Eine Änderung der hier dargestellten steuerlichen Situation betrifft demnach ausschließlich die persönliche Sphäre des Anlegers. Sollte die Veranlagung einer anderen steuerlichen Beurteilung unterliegen, als oben dargestellt, so kann dies erhebliche Auswirkungen auf die Erträge der Veranlagung haben. Falls die der Ertragsvorschau zugrunde gelegten, steuerlichen Annahmen nicht eintreten sollten, können die dann erreichbaren Erträge mit hoher Wahrscheinlichkeit unter den sonst bei Kapitalanlagen vergleichbarer Bindungsdauer am Markt erzielbaren Erträgen liegen.

Es wird allgemein empfohlen, dass von jedem Anleger zur Erörterung und Klärung steuerlicher Fragen, insbesondere auch im Hinblick auf seine persönliche steuerliche Situation, vor Zeichnung dieser Veranlagung sein persönlicher Steuerberater konsultiert werden sollte.

Wer andere Einkünfte in Deutschland erzielt, muss diese hinsichtlich der Frage in welcher Höhe er sich an den Emittentinnen / Schiffsgesellschaften insgesamt beteiligen möchte, mitberücksichtigen, da diese Einkünfte mit den steuerlichen Erträgen aus den Emittentinnen zusammengerechnet werden und somit das deutsche Einkommen erhöhen.

3. Kapitalmarktprospekt nach dem KMG

Hinweis: Prospekt gemäß Kapitalmarktgesetz (KMG):

Unter Zugrundelegung der derzeitigen Rechtslage handelt es sich bei dem gegenständlichen Beteiligungsangebot in Österreich um ein prospektpflichtiges Angebot gemäß österreichischem KMG. Deshalb wurde zusätzlich zum vorliegenden deutschen Verkaufsprospekt ein nach den österreichischen gesetzlichen

Vorschriften geprüfter Prospekt gemäß § 10 KMG veröffentlicht.

Die Zeichnung und der Beitritt zu den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen durch Anleger, die ihre Beteiligungen an den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen im Rahmen des öffentlichen Angebots in Österreich zeichnen und erwerben erfolgt ausschließlich auf Grundlage des gemäß den Bestimmungen des österreichischen Kapitalmarktgesetzes (KMG) erstellten, veröffentlichten, kontrollierten und bei der Oesterreichische Kontrollbank AG hinterlegten Prospekts samt den darin abgedruckten Verträgen und Anhängen. Der Inhalt und die Beteiligung an den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen und allfällige Haftungsansprüche richten sich ausschließlich nach dem bei der Oesterreichische Kontrollbank AG hinterlegten KMG-Prospekt, den jeder Anleger bei der HCI Hanseatische Capitalberatungsgesellschaft mbH, Mahlerstraße 14, 1010 Wien, bei den Schiffsgesellschaften / Emittentinnen und bei der Treuhänderin kostenlos anfordern kann (siehe auch oben Punkt 1.).

4. Zeichnungsschein

Für die Zeichnung von Anteilen ist der in der Anlage zum Prospekt befindliche, dem österreichischen Recht entsprechende Zeichnungsschein (Beitrittserklärung) zu verwenden, wobei im Hinblick auf die Zeichnungsfrist für dieses Angebot (17.03.2008 bis 28.12.2009 oder bis zur früheren Vollplatzierung) ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass eine Unterfertigung des Zeichnungsscheins durch Anleger vor dem 17.03.2008 oder nach dem 28.12.2009 bzw. nach Vollplatzierung unwirksam und gegenstandslos ist.